

## Die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands.

Furchtbar sind neben den territorialen, nationalen, politischen und moralischen auch die wirtschaftlichen Opfer, die Deutschland in dem ihm jetzt vorgelegten Friedensvertrage zugemutet werden. Deutschland soll einen ungeheuren Teil seines Rohstoffreichtums, seines Reichtums an Erzen, Kohlen und Kali verlieren und damit in den Versorgungsmöglichkeiten seiner Industrie, in seinen Exportmöglichkeiten und in den Möglichkeiten einer Sanierung seiner Währung maßlos verführt werden. Durch die Abtretung Elsaß-Lothringens wird es der dortigen Erzkorkommen und der Kalifundstätten, durch die Abtretung Oberschlesiens und durch die Bestimmungen über das Saarbecken der dortigen Kohlengruben beraubt. Mehr als drei Viertel seiner Handelsflotte soll es abliefern und während der nächsten sechs Jahre 200.000 Tonnen Schiffsraum für die Entente bauen. Und dieses an seinem Nationalvermögen aufs schwerste geschädigte in seinen wirtschaftlichen Grundfesten aufs tiefste erschütterte Deutschland soll in den nächsten zwei Jahren zwanzig Milliarden Mark in Gold an die Entente zahlen — um erst in einem späteren Zeitpunkt zu erfahren, wie hoch die weiteren von Deutschland zu entrichtenden Entschädigungssummen von der Entente bemessen werden! Es ist klar, daß die Annahme und Durchführung eines solchen Friedens eine wirtschaftliche Verflüchtung des deutschen Volkes bedeuten würde, das sich nach menschlichem Ermessen aus dem Abgrund, in den es durch diesen Frieden geschleudert wurde, auch durch jahrzehntelange Fronarbeit nicht zu einer gesunden Entwicklung emporbringen könnte. Wenn die Entente die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands auf ewig oder auf absehbare Zeit in ihrem Bierzitate beschlossen hat — durch diesen Frieden wäre sie besiegelt.

### Das Urteil der Berliner Finanzreise.

Aus Berlin, 8. d., wird uns telegraphiert: Die „V. Z. am Mittag“ fragte in Finanzkreisen nach dem Urteil über die Versailler Nachrichten. General-Konful v. Mendelssohn, Präsident der Berliner Handelskammer, äußerte, daß der erste Eindruck der Friedensbedingungen wohl auf jeden Deutschen vernehmlich wirken müsse. Soweit die bisherigen Nachrichten erkennen lassen, stünde es uns zunächst frei, innerhalb der nächsten vierzehn Tage schriftlich Protest gegen die Friedensvorschläge zu erheben. Danach aber sei es möglich, in eine mündliche Verhandlung einzutreten. Aus dieser letzteren Tatsache schöpft Herr Mendelssohn eine kleine Hoffnung. Er nimmt an, es könnte in diesen mündlichen Verhandlungen doch noch möglich sein, die Feinde in letzter Stunde zu überzeugen, daß Deutschland nur dann seinen Verpflichtungen nachkommen könne, wenn es wirtschaftlich leistungsfähig bleibt. Der Direktor der Dresdner Bank, Herbert Guttmann, ist der Überzeugung, daß die Friedensvorschläge, falls es nicht gelingt, durch Verhandlungen eine Aenderung herbeizuführen, die absolute Vernichtung Deutschlands bedeuten. Dieser Eindruck, so sagte er, wird besonders hervorgerufen durch die Bedingungen, die unsere Handelsflotte betreffen. Die verlangte Auslieferung läßt erkennen, daß es den Feinden darauf ankommt, Deutschland für ewige Zeiten zu vernichten. Es sei im Augenblick natürlich nicht möglich, die Friedensbedingungen in ihrer ganzen Tragweite im einzelnen zu übersehen, da bisher nur unvollständige Auszüge vorliegen. Es sei außerdem zu berücksichtigen, daß es sich einstweilen doch nur um Vorschläge der Feinde handle, die klug genug sein sollten, Deutschland nicht durch eine derartige Politik und wirtschaftliche Knebelung der völligen Vernichtung preisgeben.

### Schließung der deutschen Börsen.

Aus Berlin, 8. d., wird telegraphiert: Unter dem niederschmetternden Eindrucke der Friedensbedingungen, die Deutschland zugemutet werden, hat der Vorstand der Börse beschlossen, die Börse auf drei Tage zu schließen.

Aus Frankfurt, 8. d., wird telegraphiert: Auf Beschluß des Börsenverbandes bleibt die hiesige Börse bis auf weiteres geschlossen. Jeder Börsenverkehr ist untersagt.